

Abgehoben von der Basis

Lindners Hochzeit: „Das Private ist politisch“, FR-Panorama vom 7. Juli

Mein Gefühl beim Amtsantritt der Ampel war, die FDP könne eine positive Rolle in dieser Regierung wahrnehmen. Die Hochzeitsinszenierung von Christian Lindner ist aber eine derart schamlose Veranstaltung, dass man eigentlich nicht seinen Augen trauen mag. Unser Land steht vor einer der größten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit. Die Energiepreise haben sich teils vervierfacht, und dies ist erst der Anfang. Es ist jetzt schon klar, dass Normalverdiener diese Kosten nicht werden tragen können. Dafür hat man den Bürgern eindrucksvoll vorgeführt, wie reiche Leute heiraten. Dann braucht man nicht mehr erwähnen, wie abgehoben diese Politiker sich von ihrer Basis entfernt haben. Ein Helmut Schmidt hätte an dieser Vorstellung nicht teilgenommen.

Christoph Kruppa, Riederich

Was hat die Kirche dafür gekriegt?

Wenn man liest, dass das atheistische Ehepaar Lindner seine Hochzeit auf Sylt in der evangelischen Kirche St. Severin zu Keitum „veranstaltet“ hat, dann fragt man sich unwillkürlich: Wie viel Geld ist geflossen, dass die Kirchengemeinde ein solches Event in ihrem Gotteshaus genehmigt hat?

Wolfram Siegel, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220711

Nachkoloniales Denken

Politik für Geflüchtete: „Wir brauchen attraktivere Zugänge“, FR-Politik

Bezüglich der Migrationspolitik spricht Omid Nouripour ausschließlich von ukrainischen Flüchtlingen. Die aufenthaltsrechtliche Regelung eines zunächst gesicherten Status, der Zugang zu Integrationskursen und Unterstützung nach dem Sozialgesetzbuch wird mit Recht als vorbildlich gelobt. Leider entspricht die rechtliche Situation aller anderen Asylsuchenden nicht diesem Standard. Die ungleiche Behandlung zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Asylsuchenden anderer Herkunftsländer zu kämpfen haben.

Ich arbeite seit Jahrzehnten ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit. Was ich kennengelernt habe: Von jeher war das Motto „Abschreckung“. Mit ausgeklügelten Methoden: „Sachleistungen“ in Form von Lebensmittelpaketen, die einen enormen bürokratischen Aufwand erforderten. Dann Arbeitsverbot, keine Schulpflicht für die Kinder; später Arbeitserlaubnis mit hohen Hürden: Nach dem Prinzip der „Nachrangigkeit“ wurde ein beim Arbeitsamt gemeldeter Job erst einem BRD-Bürger, dann einem EU-Bürger und zuletzt einem Asylsuchenden angeboten; jahrelang sich hinziehende Verfahren mit „Kettenduldungen“; d.h. vierteljährliche Verlängerung der Duldung. Welcher Lehrherr stellt einen Azubi ein, wenn er damit rechnen muss, dass der nach drei Monaten keine Verlängerung erhält?

Dazu kommen Fehlentscheidungen bei den Gerichten und beim BaMF aufgrund missverständlicher Aussagen oder mangelnder Kenntnis örtlicher Gegebenheiten im Herkunftsland, voreilige Abschiebungen, die aufgrund neu vorzunehmender Verfahren zurückgenommen werden müssen.

Nun haben wir neuerdings dieses Zweiklassensystem. Einerseits die ukrainischen Flüchtlinge mit zunächst sicherem Status und Unterhaltsregelung nach dem Arbeitssozialgesetzbuch, alle anderen werden abgeholten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Unsicherer Status, weniger Unterstützung. Darin spiegelt sich ein postkoloniales Denken.

Omid Nouripour spricht ein „Punktesystem“ an, mit welchem Kanada gute Erfahrungen gemacht hat. Mit der Anwendung dieses Systems (Vorschlag der Süßmuth-Kommission) würde eine Rechtsgrundlage geschaffen für 1.) ein Einwanderungsgesetz und 2.) davon klar unterschieden ein (europäisches) Asylrecht mit genauer Definition der Fluchtursachen.

Es wäre dringend notwendig, alle Flüchtlinge gleich zu behandeln. Das würde bedeuten, wir kommen der Beachtung der „westlichen Werte“ nach, die uns so viel bedeuten, dass für deren Verteidigung selbst der Hindukusch nicht zu weit ist. Jutta-Maria Roth, Königswinter

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert eine Diskussion des Frankfurter Domkreises über die Coronapandemie. Mit den Kita-Erzieherinnen Christine Adam-Krieger und Claudia Hilbert, Caritasdirektorin Gaby Hagmans, Gesundheitsdezernent Stefan Majer, IHK-Vizepräsident Frank Nagel und Michael Herl, Leiter des Stalburg Theaters. Live-Stream im YouTube-Kanal des Frankfurter Domkreises.

Montag, 18. Juli, 19.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf diskutiert über „Ausrüsten oder aufrüsten – welchen Weg nimmt die deutsche Zeitenwende?“ mit Angelika Claußen (IPPNW), Sascha Hach (HSFK) und Nils Schmid (MdB, SPD). Maske ist erwünscht. Livestream:

youtube.com/hausamdom.

Dienstag, 19. Juli, 20 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Florian Leclerc moderiert die FR-Podiumsdiskussion „Autohausausbau versus Mobilitätswende“. Auf dem Podium: Katy Walther (MdB, Grüne), Kristina Luxen (Stadtverordnete Frankfurt, SPD), Alexis Passadakis (Attac) und Martin Lanzendorf (Uni Frankfurt).

Donnerstag, 21. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

MU_FRDLES02_4c - B_164440

